



Information Juni 2008

Schulentwicklung:

## 2 Säulen keine Alternative zur "Schule für alle"

Die CDU fordert eine Stärkung der Gymnasien, die Grünen setzen vor allem auf mehr Unterrichtsqualität, der ZEB und die GEW wollen "Eine Schule für alle" und die Senatorin versucht, es allen recht zu machen: Die Gymnasien bleiben erhalten und daneben wird die Oberschule für alle errichtet, in der es das Abitur nach 13 Jahren gibt.

Die GEW-Vorstände von Bremen und Bremerhaven haben sich auf einer gemeinsamen Klausurtagung mit dem 2-Säulen-Modell auseinandergesetzt und folgende Position formuliert:

**Die GEW tritt für ein gemeinsames Lernen aller Kinder und Jugendlichen bis zur 10. Klasse ein. Das 2-Säulen-Modell wird diesem Anspruch nicht gerecht. Es gibt keine sinnvolle Alternative zu einer „Schule für alle“ im Stadtteil, die in einer engen Verzahnung von Kindertagesstätte und Grundschulen ihren Anfang nimmt.**

Die „Schule für alle“ als integriertes Stufenschulsystem schließt die bestehenden Gymnasien und Förderzentren von Beginn an ein. Die freie Wahl der Oberstufe mit Profilbildung bleibt zur Spezialisierung der Berufsvorbereitung oder zur Erlangung der Studienreife erhalten.

Damit Kinder nicht mehr in verschiedene Schulformen sortiert werden, ist das integrierte Gesamtsystem schnellstmöglich – beginnend in dieser Legislaturperiode – ab Klasse 5 aufzubauen. Die Planungen sind sofort aufzunehmen und die notwendigen materiellen Voraussetzungen zu schaffen. Eine erheblich höhere Mittel- und Personalausstattung benötigen die Schulen in sozialen Brennpunkten.

Zur Vorbereitung der erfolgreichen Umsetzung dieses integrierten Schulsystems wird die Unterrichtsverpflichtung ab sofort redu-

ziert. Damit wird ausreichend Zeit für die demokratische Schul- und Unterrichtsentwicklung und die notwendige Fortbildung zur Verfügung gestellt. Dieses wird durch Neueinstellungen gewährleistet.

Die Lehrerbildung muss im Sinne einer „Schule für alle“ als integriertem Stufenschulsystem weiterentwickelt werden zu einer einheitlichen Ausbildung in gleichwertigen Lehrämtern.

**Veranstaltungshinweis Mo 16.6., 18 Uhr  
Andreas Schleicher kommt**

Andreas Schleicher leitet bei der OECD die Abteilung für Indikatoren und Analysen im Direktorat für Bildung und ist dort verantwortlich für die PISA-Studien und zahlreiche andere Bildungsprojekte. Er ist ein scharfer Kritiker des deutschen Bildungssystems (frühe Selektion, geringe Durchlässigkeit zwischen den Schularten, Koppelung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg); CDU-Kultusminister forderten wiederholt seinen Rücktritt.

### Eine Schule für alle!

Veranstaltung der GEW Bremen

zur Schulentwicklung

am Montag, 16. Juni 2008 ab 18 Uhr

im Konsul-Hackfeld-Haus, Birkenstr. 34



**Dr. Andreas Schleicher** (OECD-PISA):

Qualität und Chancengerechtigkeit –

Herausforderungen an das deutsche Schulsystem



## Neues Urteil zu Jahressonderzahlungen

In den letzten Jahren gab es etliche Versuche, auf dem Rechtsweg gegen die Kürzung bzw. Streichung der Jahressonderzahlung (Weihnachts- und Urlaubsgeld) anzugehen. Das Bundesverfassungsgericht hatte dazu erklärt, dass die Sonderzahlung nicht zur Alimentation gehört und somit auch nicht vom Art. 33 Abs. 5 GG a.F. (Anspruch auf amtsangemessene Alimentation) geschützt ist.

Ende letzten Jahres wurde das Bundesverfassungsgericht durch das Verwaltungsgericht Arnberg angerufen, um zu prüfen, ob der Grundsatz der amtsange-

messenen Alimentation von Beamtinnen und Beamten durch die Kürzungen in ihrer Gesamtheit bereits verletzt ist. Hierdurch ist möglicherweise für alle Beamtinnen und Beamten eine neue, veränderte rechtliche Situation bezogen auf die Sonderzahlungen und das Urlaubsgeld entstanden.

**Um mögliche individuelle Rechtsansprüche geltend machen zu können, empfehlen wir, den folgenden Widerspruch einzulegen.**

Ein entsprechendes Formular befindet sich auch auf der Homepage der GEW: (<http://www.gew-hb.de/>)

Absender

Ort, Datum

Personalnummer

**Performa Nord**

**Schillerstr. 1  
28195 Bremen**

Widerspruch gegen die Nichtgewährung bzw. verminderte Gewährung der Sonderzahlung und des Urlaubsgeldes für die Jahre 2004 bis 2007, sowie vorsorglicher Widerspruch für das Jahr 2008 und die folgenden Jahre

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lege ich gegen die jeweiligen Besoldungs/Versorgungsbescheide der Jahre 2004 bis 2007 Widerspruch ein, vorsorglich auch für das Jahr 2008 und die Folgejahre. Ich beantrage die Auszahlung der Sonderzuwendung und des Urlaubsgeldes in voller Höhe.

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass das Widerspruchsverfahren bis zum rechtskräftigen Abschluss des Musterverfahrens der Gewerkschaft der Polizei ruht. Vorsorglich bitte ich darum, bis auf weiteres auf die Einrede der Verjährung zu verzichten.

Mit freundlichen Grüßen